

Zivile Arbeitsplätze bei VW in Osnabrück erhalten

Das Volkswagenwerk in Osnabrück soll in Zukunft Rüstungsgüter für die israelische Staatsfirma Rafael fertigen. Die Landesregierung beabsichtigt, dieses Projekt mit 200 Millionen Euros zu unterstützen. In Gespräch ist eine Übernahme des Werks durch ein Gemeinschaftsunternehmen vom Land Niedersachsen zusammen mit einem israelischen Investor.

Statt Waffenproduktion zu subventionieren, wäre Niedersachsen, das 20% Anteile an dem VW-Konzern besitzt, besser beraten, das Geld für einen sozialen, umweltverträglichen und zukunftssträchtigen Umbau des Werks zu nutzen. Der industrielle Potential und die Fertigkeiten und Fähigkeiten der Belegschaft wären auch erhalten durch die Fertigung von zivilen Fahrzeuge, zum Beispiel Minibusse für den Nahverkehr in ländlichen Gebieten oder Elektrofahrzeuge.

Das Land hat über das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität die Möglichkeit Pilotprojekte für Klimaschutz und Nahverkehr zu finanzieren. „Niedersachsen erhält über das „Länder-und-Kommunal- Infrastrukturfinanzierungsgesetz – LuKIFG“ über neun Milliarden Euro aus dem Fonds. Seit Inkrafttreten im Dezember 2025 stehen diese Mittel bereit. Zudem erhält Niedersachsen den zweitgrößten Anteil westdeutscher Länder an den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur(GWR), die seit einer Überarbeitung 2023 einen besonderen Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz legt. Es gibt also konkrete Handlungsoptionen.“ (zitiert aus dem Brief an Lies von Robin Wood 30.03.2026 https://www.robinwood.de/sites/default/files/brief_lies.pdf)

Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat in einem wegweisenden, nicht bindenden Gutachten vom Juli 2024 die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete für völkerrechtswidrig erklärt. Die anhaltende Präsenz und Siedlungspolitik Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten (Westjordanland und Ost-Jerusalem) verstößt gegen internationales Recht. Israel verstößt gegen das Verbot der Rassendiskriminierung, da das System aus Trennung und Kontrolle auf eine dauerhafte Annexion zielt. Israel ist nach Auffassung des Gerichts verpflichtet, die Besatzung so schnell wie möglich zu beenden, alle Siedler zu evakuieren und den Schaden für die palästinensische Bevölkerung zu kompensieren. Der internationale Gerichtshof hat die unterzeichnenden Staaten aufgefordert, keine Völkerrechtsverletzungen durch den Staat Israel zu unterstützen. Der internationale Strafgerichtshof hat einen Haftbefehl gegen Netanjahu und Galant wegen vermuteter Kriegsverbrechen erlassen. Eine UN-Sonderkommission hat in einem Bericht geschrieben, dass das, was Israel in Gaza macht, gegen die Genozidkonvention verstößt. Und es gibt noch einen 300-seitigen Bericht von Amnesty International, der ebenfalls besagt, dass Israel einen Genozid gegen die Palästinenser in Gaza begeht.

Die Produktion für eine israelische Rüstungsfirma bedeutet eine faktische Unterstützung der Kriege, die der Staat Israel gegen die Palästinenser, den Libanon und gegen den Iran führt. Rüstungsgüter für den Iron Dome sind Produkte, die im Rahmen der aggressiv-offensiven militärischen Aktivitäten Israels eine Bedeutung haben, weil sie den erforderlichen Schutzring dafür darstellen, dass sich Israel entsprechend aggressiv gegenüber den Nachbarländern verhalten kann.

Osnabrück erlitt am Ende des zweiten Weltkrieges zahlreiche Bombenangriffe, nicht zuletzt aufgrund der dort angesiedelten Rüstungsbetriebe. Die Stadt wurde zu 65 Prozent zerstört, die Altstadt sogar zu 95 Prozent. Wenn ca. 80 Jahren nach dem letzten Krieg wieder Waffenfabriken in der Stadt angesiedelt werden, kann man über die Geschichtsvergessenheit der Entscheidungsträger nur verzweifeln.

Die Stadt Osnabrück bezeichnet sich als Friedensstadt, in Erinnerung an den Westfälischen Frieden, der im Jahr 1648 den verheerenden Dreißigjährigen Krieg beendete. Der erste Friedenskongress Europas wurde in Münster und in Osnabrück geführt und begründete das moderne Völkerrecht.

Rat und Verwaltung zerstören die Friedenstradition, wenn sie den Umbau des größten Betriebs in einer Waffenfabrik zulässt. Wir wollen eine solche verheerende Entwicklung nicht unterstützen und werden uns weiterhin mobilisieren, damit in der Stadt für den Frieden statt für den Krieg gearbeitet wird.